



Verwaltungsgericht • Postfach 10 01 55 • 45801 Gelsenkirchen

Verein Ausbildungs- und
Forschungszentrum ETHNOS e. V.
vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden
Dr. Walther Friesen
Bermesdickerstraße 9
44357 Dortmund

31. Januar 2018

Seite 1 von 1
Aktenzeichen:
6 K 1893/17
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter:
Frau Hambuch
Durchwahl:
0209 1701-104

Sehr geehrte Damen und Herren!

In dem Verwaltungsstreitverfahren

Verein Ausbildungs- und Forschungszentrum ETHNOS e. V.
gegen
Land Nordrhein-Westfalen

werden anliegende Schriftstücke mit der Bitte um Kenntnisnahme
übersandt.

Mit freundlichem Gruß
Auf Anordnung

Hambuch
Verwaltungsgerichtsbeschäftigte

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Bahnhofsvorplatz 3
45879 Gelsenkirchen
Telefon 0209 1701-0
Telefax 0209 1701-124
verwaltung@
vg-gelsenkirchen.nrw.de
www.vg-gelsenkirchen.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Alle Linien bis Haltestelle Hbf



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 59817 Arnsberg

Verwaltungsgericht Gelsenkirchen
6. Kammer
Postfach 10 01 55
45801 Gelsenkirchen

| | | | |
|-------------------------------------|---------------|----------------|---------------|
| Verwaltungsgericht Gelsenkirchen | | | |
| Eing.: 30. JAN. 2018 | | | |
| _____fach_____ | _____Akt_____ | _____Heft_____ | _____Anl_____ |

Datum: 26. Januar 2018
Seite 1 von 2

Aktenzeichen:
6 K 1893/17
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:
Dr. Christian Chmel-Menges
christian.chmel-
menges@bra.nrw.de
Telefon: 02931/82-2913
Fax: 02931/82-2909

Dienstgebäude:
Seibertzstr. 1
59821 Arnsberg

In dem Verwaltungsstreitverfahren

Verein Ausbildungs- und Forschungszentrum ETHNOS e.V.

- Kläger -

gegen

Land Nordrhein-Westfalen
vertreten durch die **Bezirksregierung Arnsberg**
Dezernat 36, Seibertzstraße 1, 59821 Arnsberg

- Beklagte -

wegen des Ablehnungsbescheids der Bezirksregierung Arnsberg vom
25.01.2017 zum Antrag des Vereins Ausbildungs- und
Forschungszentrum ETHNOS e.V. vom 07.11.2016 auf Gewährung
einer Zuwendung des Landes Nordrhein-Westfalen

Az.: 6 K 1893/17

gebe ich Ihnen einen aktuellen Beitrag des Herrn Hugo Wormsbecher
auf der Internetseite der Klägerin, ETHNOS e.V., zur Kenntnis.

Herr Wormsbecher bedauert darin u. a., dass die von ihm geforderte
"Wiederherstellung der russlanddeutschen Staatlichkeit" auf dem Gebiet
der heutigen Russischen Föderation bei der XXII. Sitzung der Deutsch-
Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der
Russlanddeutschen am 23./24. Mai 2017 in Bayreuth "mit keinem Wort
erwähnt" worden sei.

Hauptsitz:
Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr
13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeskasse Düsseldorf bei
der Helaba:
IBAN:
DE27 3005 0000 0004 0080 17
BIC: WELADED D

Umsatzsteuer ID:
DE123878675



Anlage:

„'Aktualisierung' gestoppt! – Aber Assimilierung bezahlt Deutschland weiter? (Über die XXII. Sitzung der Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen)“. Ausdruck vom 26.01.2018 des o. g. Beitrags auf der Internetseite des ETHNOS e. V. (Link: <http://www.afz-ethnos.org/index.php/aktuelles/129-aktualisierung-gestoppt-aber-assimilierung-bezahlt-deutschland-weiter>)


(Dr. Christian Chmel-Menges)

Suchen ...

[Startseite](#)

[Aktuelles](#)

[Forschung](#)

[Bildung](#)

[Projekte](#)

[Veranstaltungen](#)

[Über den Verein](#)

[Service](#)

AKTUELLE ARTIKEL

Hauptkategorie: ROOT

[Auf der Bühne des russischen Theaters über die Tragödie der Russlanddeutsche](#)

[Ingmar Brantsch über Hugo Wormsbecher](#)

[Eventbericht: Die Alte Synagoge in Essen](#)

[Nadja Thelen-Khoder: Die ermordeten sowjetischen Zwangsarbeiter](#)

[auf dem "Franzosenfriedhof in Meschede. Teil 2](#)

[Massaker an sowjetischen Zwangsarbeitern](#)

[«Aktualisierung» gestoppt! - Aber Assimilierung bezahlt Deutschland weiter?](#)

[Alexey Debolski über Hugo Wormsbechers](#)

«Aktualisierung» gestoppt! - Aber Assimilierung bezahlt Deutschland weiter?

(Über die XXII. Sitzung der Regierungskommission «für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen»)

Na, sollen denn die Menschen weiterhin auf dem Müllberg hausen?..

- In einem Monat bitte die Frage lösen!

W. Putin

I

Am 23.-24. Mai 2017 fand in Deutschland, Bayreuth (Bayern), die XXII. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen unter Co-Vorsitz des Leiters der Föderalen Agentur für Nationalitätenangelegenheiten Igor Barinow (von der russischen Seite) und des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hartmut Koschyk statt.

Die Regierungskommission wurde vor 25 Jahren gemäß «Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur etappenweisen Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen» gebildet. Demnach könnte man also meinen, die bilaterale Kommission dürfte dieses Jahr ihre Silberhochzeit feiern. Die Feierlichkeiten fanden aber nicht in der wiederhergestellten Republik statt (25 Jahre waren dazu wohl eine viel zu kurze Zeit! Oder wurde eine politische Abtreibung vorgenommen?). Sie fanden auch nicht in dem Land statt, in dem beschlossen wurde, die Staatlichkeit wiederherzustellen (nachdem zwei Drittel des Volkes aus dem Land hinaus gestoßen wurden, war es nicht so einfach, sich festzulegen, wo denn dies getan werden soll?). Und bei diesem Jubiläum ihrer Unfruchtbarkeit haben die beiden Seiten die Wiederherstellung der Staatlichkeit mit keinem Wort erwähnt (haben sie denn ein Vierteljahrhundert danach vergessen, wozu sie eigentlich in Kontakt getreten sind?).

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass noch keine Sitzung dieser Kommission mit solchen Erwartungen und Besorgnissen seitens der Russlanddeutschen verbunden war. Und dies ist auch verständlich: Schon 76 Jahre lang warten sie auf ihre

Erzählung "Unser Hof"



Rehabilitierung, schon vor 26 Jahren wurde in Russland das Gesetz «Über die Rehabilitierung repressierter Völker» verabschiedet, schon vor 25 Jahren wurde das russisch-deutsche Protokoll über die Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit unterzeichnet, und schon so viele Jahre wird von der Kommission im Schweiß ihres Doppel-Angesichts dieses Protokoll umgesetzt – Es muss doch endlich etwas das Licht der Welt erblicken, wenn von den Seiten überhaupt etwas erzeugt werden kann! Oder hat sich diese Ehe als fruchtlos entpuppt? Und haben «Elternteil Nr. 1 und Elternteil Nr. 2» zwar ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, für Russlanddeutsche Sorge zu tragen, aber blieben sie bei der Besprechung des Kindergeldes stecken?

Erwartungen wurden auch durch eine nie dagewesene Heimlichtuerei rund um die Vorbereitung auf dieses Treffen erhitzt, beinahe wie im Vorfeld der Teheraner Konferenz im Jahr 1943: Von der russischen Seite nirgendwo ein Wort über die Tagesordnung; die Zusammensetzung des russischen Teils der Kommission wurde nicht, wie gewöhnlich, einen Monat zuvor von der Regierung bestätigt, sondern erst am Abschlusstag der Sitzung (hat das zu bedeuten, dass die «russische Seite» nicht legitim war?) und erst zwei Tage nach der Abreise aller Kommissionsmitglieder veröffentlicht. Also, es muss doch etwas faul im Staate Dänemark sein, wenn einer routinemäßigen Sitzung der Kommission der Status eines solchen Staatsgeheimnisses verliehen wird!

Daher wirkten besonders aufregend die Gerüchte darüber, dass diesmal die Regierungskommission in Besetzung von besonders höchgestellten Amtspersonen ans Werk geht und dementsprechend solle man sich auf nicht standardmäßige Entscheidungen gefasst machen. Und wenn man berücksichtigt, dass von der russischen Seite schon seit mehreren Jahren auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, das Protokoll «zu aktualisieren», das heißt zu überprüfen, genauer gesagt, die maßgebende Bestimmung über die Wiederherstellung der Staatlichkeit aus dem Protokoll herauszunehmen (Als Vorzeichen konnte «der Erlass des Präsidenten der RF» vom 31. Januar 2016, Nr. 34 gewertet werden), so könnte die erhöhte Besorgnis der Russlanddeutschen durchaus verständlich sein. W. F. Baumgärtner (Präsident des Internationalen Verbandes russlanddeutscher Vereinigungen) hat die beiden Seiten in einem Schreiben unmissverständlich gebeten, klare Kante zu zeigen, aber vergebens: In den «Angelegenheiten der Russlanddeutschen» «werden die Unseren von Russen nicht ausgeliefert». Und die deutsche Seite (als Ergebnis einer solchen Konvergenz?) hat sich wohl auch dafür entschieden, ihre Aktivitäten «zugunsten der Russlanddeutschen» nicht sonderlich zur Schau zu tragen – Man weiß ja nie?

Unter diesen Umständen hat unsere initiative «Expertengruppe für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen», die kurz vor der Einberufung der Kommission gebildet wurde, sich zum Ziel gesetzt, ihr ein Stück Arbeit abzunehmen. Und so hat sie vollkommen unentgeltlich die Situation aus ihrer Sicht für die Kommission ausgewertet. Sie hat sogar das «Alternative Kommuniké-Projekt» für das künftige Treffen vorbereitet: Unterzeichnen Sie es doch mal, und lehnen Sie sich in den Strahlen des eigenen Ruhms und der ewigen Dankbarkeit der Russlanddeutschen zurück. «Der offene Appell» an die Regierungskommission mit diesen Initiativen wurde in zwei Sprachen verfasst und an beide Seiten versendet, den Aktivisten zugestellt, ins Internet gestellt; in der renommierten Zeitung «DipKurier / Russlanddeutsche Allgemeine» (Chefredakteur K. Ehrlich) wurden innerhalb von zwei Tagen mehr als 100 Einzelunterschriften, darunter auch die mehrerer bekannter Russlanddeutschen, und eine Kollektivunterschrift im Namen von 1300 Personen, gesammelt.

Im «Appell» wurde die Kommission unter anderem aufgefordert, zur Lösung ihrer Hauptaufgabe zurückzukehren, von der sie sich so weit entfernt hat, also, zur Wiederherstellung der russlanddeutschen Staatlichkeit; sie wurde aufgefordert, keine Auswechslung der Interessen des Volkes gegen eigennützige Interessen der

Projekträger zu zulassen; sie wurde ferner aufgefordert, sich jeweils an die russische und deutsche Regierung mit dem Vorschlag zu wenden, die Politik gegenüber den Russlanddeutschen; die den Belangen des Landes widerspricht, die Ungleichheit ihrer Völker beständig macht, den Geist und den Buchstaben seines Grundgesetzes, Normen des Völkerrechts, der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und des gesunden Menschenverstandes missachtet und, im Grunde genommen, die 1941 begonnene Politik der Repressalien und der Diskriminierung gegenüber den Russlanddeutschen fortsetzt, endlich zu überprüfen.

Also, die lang erwartete Sitzung hat stattgefunden. Und auch das offizielle Kommuniqué wurde unterzeichnet. Was haben denn Russlanddeutsche als Antwort auf ihre Erwartungen und ihre Bestrebungen, ihren beiden „Eltern“, vertreten durch doppelgesichtige Regierungskommission, zu helfen, erhalten?

Man kann sagen, dass es zwei Neuigkeiten gibt: Eine gute, die andere von denen, die zwar schlimmer sein können, aber selten. Fangen wir, also, guten Mutes, mit der guten Neuigkeit an.

Unter Berücksichtigung langjähriger Besorgnisse, die sich in der Vorahnung der drohenden nationalen Katastrophe verstärkt haben, lässt sich die «gute Neuigkeit» sogar als sehr gut bezeichnen: DIE «AKTUALISIERUNG» WURDE GESTOPPT! Das heißt, es ist den Gegnern der Wiederherstellung der Staatlichkeit nicht gelungen, sie von der Tagesordnung abzusetzen! Im Kommuniqué selbst wird sie mit keiner Silbe erwähnt, aber das Kommuniqué enthält auch keinen einzigen Hinweis darauf, dass diese Angelegenheit ad acta gelegt ist, und dies, geben Sie doch zu, ist für uns, die nicht mit Freuden verwöhnt sind, schon eine große Freude! Dies hat Waldemar Eisenbraun, Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Sitzungsteilnehmer und Mitglied des deutschen Teils der Regierungskommission, in aller Offenheit in einer kleinen, in der Verbandszeitung „Volk auf dem Weg“ (2017/06) erschienenen Mitteilung erstmals zum Ausdruck gebracht:

«Während der 22. Sitzung der Russisch-Deutschen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen wurde die Absicht geäußert, das Grundprotokoll zu ändern. In diesem Zusammenhang habe ich zu verstehen gegeben, dass die etappenweise Rehabilitierung der Russlanddeutschen als dessen Kerngedanke unverändert bleiben soll».

Diese knappen Worte verdienen die größte Aufmerksamkeit. Warum?

1. W. Eisenbraun ist nicht schlichtweg ein Russlanddeutscher, er ist Leiter der ältesten und bis heute der größten Organisation der Russlanddeutschen in Deutschland.

2. Solche Erklärungen können nicht als eigene Meinung definiert werden, sie bilden den Standpunkt einer Organisation, ihrer Mitglieder. Und wenn man bedenkt, dass sich die Landsmannschaft in dieser Angelegenheit jahrelang in Schweigen gehüllt hat, ist der Stellenwert dieser Erklärung kaum zu überschätzen.

3. Diesmal gehörten zum deutschen Teil der Regierungskommission, außer W. Eisenbraun, zwei weitere, nicht einfache Russlanddeutsche: Mitglied des Deutschen Bundestages Heinrich Zertik und Vorsitzender der Jugendorganisation der Landsmannschaft Walter Gauks. Es ist kaum anzunehmen, dass der vom Vorsitzenden der Landsmannschaft geäußerte Standpunkt mit ihnen nicht abgestimmt wurde.

4. Es ist bekannt, dass diese drei Mitglieder der Regierungskommission aktiv damit beschäftigt sind, Kontakte zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Co-Vorsitzenden der Regierungskommission von deutscher Seite, Hartmut Koschyk zu pflegen. Und man kann sich schwer vorstellen, dass diese Erklärung ihm völlig überraschend kam.

5. Einige Tage vor der Sitzung der Regierungskommission wurde eine repräsentative Gruppe der Russlanddeutschen in Deutschland, drei künftige Sitzungsteilnehmer inklusive, von der Bundeskanzlerin Angela Merkel empfangen. Mit Genugtuung haben Teilnehmer dieses Treffens festgestellt, dass es im Geiste der völligen gegenseitigen Verständigung stattgefunden hat.

6. Schließlich sind in der Politik alle Initiativen, Erklärungen und Entscheidungen immer als Ergebnis einer längeren Abfolge der Ereignisse, als Resultat langwieriger Arbeit, als Ausdruck ernstzunehmender Interessen, von wem sie auch vertreten mögen, zu werten. Es ist uns wohl bekannt, welche eine große Arbeit von russlanddeutschen Aktivisten, deren Organisationen und schlichtweg von den Menschen, denen das Schicksal des Volkes nicht egal ist, in den vergangenen Jahren durchgeführt wurde: in ihren Organisationen, in den medialen Stellungnahmen, den heftigen Internet-Diskussionen, den Appellen an die oberste Führungsspitze bis hin zu den Staatschefs beider Länder im Hinblick auf die Rehabilitierung. Und so kann man mit Fug und Recht behaupten, dass unsere «gute Neuigkeit» ein wichtiger Meilenstein dieser Arbeit, ein Verdienst von abertausenden Menschen ist. Eine andere Entscheidung wäre übrigens gesetzwidrig: Sie stünde in Widerspruch zum auf dem Territorium Russlands geltenden Gesetz «Über die Rehabilitierung repressierter Völker».

II

Und was hat es mit der «schlimmen Neuheit» auf sich? Die schlimme Neuheit ist das offizielle Kommuniké selbst. Es ist so weit von den langjährigen Erwartungen des Volkes, die im „Alternativen Kommuniké“ (von dem man nach Ansicht eines Aktivisten „Gänsehaut kriegt“) zum Ausdruck gebracht wurden, entfernt und ist eine so höhnische Antwort auf diese Erwartungen, dass man von ihm geradezu physisch angewidert wird.

Das Kommuniké hat gezeigt, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt die «Russische Seite», das heißt, das Hauptsubjekt bei der Umsetzung von Gesetzen, Beschlüssen und Vereinbarungen über die Rehabilitierung der Russlanddeutschen, tief in die Grube abgerutscht ist, in die sie auch die «Angelegenheiten der Russlanddeutschen» hineingebracht hat. In dieser Grube drehen sich die Räder der festsitzenden Kutsche ab und zu weiter, der Motor heult hin und wieder auf und der Jahresbedarf an Brennstoff wird auch verbraucht, aber es geht keinen Schritt voran und die Grube wird nur immer tiefer. Und die Nebelwand mit viel Tamtam nimmt an Dichte immer zu. Und es werden immer neue Versuche unternommen, das «erreichte» Festsitzen in der Grube für ein irgendwann einmal gestecktes hehres Ziel auszugeben. Es sind sogar Versuche, dieses Festsitzen für die einzige derzeit mögliche «Lösung der Frage» auszugeben. Und dabei deren Finanzierung fortzusetzen, und zwar, in einer für die Russlanddeutschen fortwährenden erniedrigenden Proportion: Von russischer Seite etwas «nach Möglichkeit», und von deutscher Seite das Mehrfache: nicht für die durch Gesetze und Vereinbarungen vorgesehene «etappenweise Wiederherstellung der Staatlichkeit», sondern zur Förderung der berufsmäßig hantierenden Auftrags-Sussanins, die sich einst bereit erklärt haben, diese Russlanddeutschen in die lichte Zukunft zu führen, sie aber offenbar in die falsche Richtung gelotst haben. Darüber grinst beinahe jede Kommuniké-Zeile. Zur Bestätigung seien einige Zitate mit Anmerkungen angeführt, auf die man schlichtweg nicht verzichten kann.

„Die Kommission bewertete die von beiden Seiten durchgeführten Fördermaßnahmen für die Russlanddeutschen im Jahr 2016 als positiv (*und wie werden sie von Russlanddeutschen selbst bewertet, wurde dies von der Kommission ermittelt?*), die Maßnahmen führten zur Stabilisierung der ethnokulturellen Entwicklung der Russlanddeutschen (*«Stabilisierung» bei ausbleibender Lösung ihrer Aufgaben – ist es gut so?*). Es ist gelungen, den Konsolidierungsprozess der Selbstorganisation der Russlanddeutschen zusätzlich zu stärken (*hat denn die familiäre «Selbstorganisation» einen Riss bekommen?*).

Eine Erweiterung des Spektrums der Tätigkeit der Kommission eröffnet neue Möglichkeiten für die russisch-deutsche Zusammenarbeit, für die Entwicklung der Volksdiplomatie und der Zivilgesellschaften beider Länder sowie für die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. (*Es ist eine solche Afterphilosophie, dass man das Gefühl hat, der offizielle Kommuniké-Text wurde von A bis Z vom IVDK erstellt... Und noch etwas: schafft «die Erweiterung des Spektrums» «neue Möglichkeiten» auch für die Rehabilitierung der Russlanddeutschen?*)

Der Präsident der FNKA der RD, H. Martens, berichtete, dass der IVDK im Rahmen der Umsetzung der Beschlüsse der 21. Sitzung der Regierungskommission im Interesse der Russlanddeutschen und ihrer Nachbarn in 54 Regionen der RF (*d.h. also, für die Hälfte der Bevölkerung Russlands*) ca. 4.500 Projekte organisierte und durchführte. (*Wie viele «Nachbarn» wurden denn in die Massenszenen und im Sinne einer guten Rechenschaftslegung involviert? Konnten «Drahtzieher» unter ihnen ermittelt werden?*)

Die Arbeit zur Ausbildung einer sozialökonomischen Basis der Selbstorganisation der Deutschen Russlands sei fortgesetzt worden. (*Heißt das, dass die «Basis» der familiären Arbeitsgemeinschaft noch nicht ausgebildet ist? Welch ein Maß an „Hilfe für Russlanddeutsche“ braucht sie noch?*). Die Jugendorganisation hat schon ein sehr hohes Niveau in ihrer Arbeit erreicht und ist ausreichend für die effektive Lösung der gestellten Aufgaben vorbereitet. (*Aufgaben zur Verhinderung der Rehabilitierung?*)

Beide Seiten bestätigen, dass der Internationale Verband der Deutschen Kultur, die Föderale National-Kulturelle Autonomie und der Deutsche Jugendverband die volle Verantwortung für die Planung, Ausführung und Finanzierung aller Projekte, die aus Mitteln des BMI finanziert werden, zur Unterstützung der Russlanddeutschen in der Russischen Föderation tragen. (*Es fällt wohl einer einzigen Familie nicht einfach, Verantwortung für die Aktivitäten von, man denke und staune, zwei Staaten zu tragen! Oder werden sie durch Finanzierung durch BMI zu einer Heldentat beflügelt? Und noch etwas: «Verantwortung» für die Auswechslung der Rehabilitierung des Volkes gegen Familien-Business wird von dieser Dreifaltigkeit nicht getragen?*)

Die Kommission schätzt die Tätigkeit der Föderalen Selbstorganisation der Russlanddeutschen und der dazugehörigen Föderalen Autonomie, des Internationalen Verbandes Deutscher Kultur und des Deutschen Jugendverbands sehr hoch ein und stellt fest, dass beide Seiten in der Selbstorganisation einen zuverlässigen und verantwortungsvollen Partner haben, der nicht nur die Befriedigung ethno-kultureller Bedürfnisse der russischen Bürger deutscher Nationalität fördert (*worin zeigt sich denn die Zuverlässigkeit dieses „Partners“ und womit fördert er denn?*), sondern auch die richtige Balance zwischen ethno-kultureller und gesellschaftlicher Identität gefunden hat (*das heißt zwischen Widerstand gegen die Rehabilitierung und Förderung einer totalen Assimilation?*) und einen Beitrag für die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den Nationalitäten sowie die Eintracht in Russland leistet. (*Mit einem Wort, Ende Gelände für*

Russland ohne H. Martens und seine Multi-Stellvertreterin O. Martens?! Und das soll Niveau eines offiziellen Regierungsdokumentes von zwei Staaten sein?!

Die Regierungskommission bittet die deutsche Seite, die Frage der Übergabe des Deutsch-Russischen Hauses in Moskau an die Selbstorganisation der Russlanddeutschen zu erörtern (das heißt auch das Deutsch-Russische Haus, das vor einem Vierteljahrhundert von deutscher Seite mit Zustimmung der russischen Seite für die föderalen gesellschaftlichen Organisationen der Russlanddeutschen erworben, renoviert und ausgerüstet wurde, aus dem sie schon seit längerer Zeit verdrängt sind und in dem schon lange eine «Werkvertragsselbstorganisation» herumwirtschaftet, soll nun «zur Stärkung der wirtschaftlichen Basis» der Familie übergeben werden?).

Die beiden Seiten nahmen Informationen des Präsidenten des IVDK der RD H.H. Martens zur Kenntnis (waren denn „Informationen“ von irgendjemand auf der Sitzung zulässig?), demzufolge die Arbeiten an dem Maßnahmenkonzept (-komplex) zur ethnokulturellen und sozialökonomischen Entwicklung der Russlanddeutschen auf der Grundlage und in Erfüllung des Erlasses Nr. 34 des Präsidenten der Russischen Föderation vom 31.01.2016 (d.h. des Erlasses über den Ausschluss der Ziele und Aufgaben aus dem Namen der Regierungskommission, der Worte über die „Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen“ - Welche „Entwicklung“ hat er denn anvisiert? Und wird dieser Erlass auch von Martens umgesetzt?) zum Zwecke der sozialökonomischen Entwicklung der Russlanddeutschen in den Regionen und der Weiterentwicklung der deutsch-russischen Zusammenarbeit bei Fragen der Unterstützung der Russlanddeutschen abgeschlossen sind. (Hat denn niemand auf dieser Sitzung beim Anhören dieser zunehmenden Afterphilosophie die Ohrwäscher im Dreieck hüpfen lassen? Haben alle sie wohlbehalten nach Hause getragen?) Der Konzeptentwurf wurde von den Beratungsgremien des IVDK und des FNKA bewilligt (d.h. von der Familie wurden ihre eigenen Vorschläge zur Stärkung ihrer «wirtschaftlichen Basis» und zur Umsetzung des «Erlasses Nr. 34» gebilligt?) und wird gegenwärtig in Übereinstimmung mit dem in der Selbstorganisation üblichen demokratischen Verfahren (seit wann denn sind in der «Selbstorganisation», in der schon seit Jahren das Wort «Rehabilitierung» tabu ist, «demokratische Verfahren» zulässig?!) in den regionalen gesellschaftlichen Organisationen der Russlanddeutschen diskutiert (auch in den regionalen Nationalen Kulturautonomien, die sich geweigert haben, der «Selbstorganisation» beizutreten?).

Beide Seiten nahmen Informationen der Ersten stellvertretenden Vorsitzenden des IVDK, Frau Olga Martens, über die 2016 durchgeführten und für 2017 geplanten deutschrussischen Gemeinschaftsprojekte zur Kenntnis. (Können denn die Hohen Seiten selbst über diese Projekte nicht reden?)

Unter Stützung auf Initiativen Russlanddeutscher in Russland und in Deutschland, einschließlich deren Familienangehörigen, werden beide Seiten neue Formen des Zusammenwirkens suchen, die der Erhöhung der Attraktivität der Subjekte der Russischen Föderation dienen sollen. (Haben denn die Seiten zufälligerweise keine Absicht, «neue Formen» zu suchen, die der Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen dienen sollen?)

Die Kommission erachtet als einen weiteren wichtigen Bereich die Festigung und Ausweitung der Arbeit der Kultur- und Geschäftszentren der Russlanddeutschen „Deutsch-Russische Häuser“ nicht nur im Bereich der Kultur, sondern auch in Fragen der Anbahnung von geschäftlichen Beziehungen zwischen den Unternehmen beider Länder unter Teilnahme von Russlanddeutschen und unter Berücksichtigung der Interessen der Regionen einschließlich der deutschen nationalen Rayons. (Und warum kann man denn nicht endlich ein „Kultur- und Geschäftszentrum“ in Form einer territorialen Autonomie der Russlanddeutschen einrichten, und über ein solches Zentrum nicht kleinkarierte, sondern